



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 7. Oktober 2022 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der Tag der Deutschen Einheit fiel in diesem Jahr auf einen Montag und rückte dessen Wahrnehmung damit auch stärker in den Vordergrund. Er erinnert uns jedes Jahr an das Glückseignis unserer Nationalgeschichte mit europäischer und globaler Strahlkraft: Die Wiedervereinigung unseres Landes im Jahr 1990. War die Teilung Deutschlands in Ost und West im Jahr 1949 ein Produkt der Spannungen zwischen westlichen Siegermächten (USA, Frankreich und Großbritannien) und der Sowjetunion, zementiert durch den Bau der Mauer im Jahr 1961, markierten Mauerfall und Wiedervereinigung auch eine Wegmarke zu einer Neugestaltung der westlich-sowjetischen Beziehungen. Zu diesem historischen Glücksfall stehen die heutigen schweren Verwerfungen zwischen dem Westen und Russland im erschütternden Kontrast. Auch wenn die russische Propaganda dies als Konflikt mit mehreren Schuldebene darzustellen und beschönigen versucht, muss immer wieder die Ursache klar benannt werden: Russlands Präsident hat zu Beginn dieses Jahres einen verbrecherischen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine initiiert. Ein Spiegel seines revisionistischen

Denkens und seiner fatalen Großmachtphantasien! Die jüngst in Russland angekündigte Teilmobilisierung hat denn spätestens jetzt auch der eigenen Zivilbevölkerung, die durch unsere Sanktionen in Mitleidenschaft gezogen werden, klar signalisiert: Ihr revisionistischer Präsident schreckt auch nicht davor zurück, die eigene Bevölkerung als Kanonenfutter zu nutzen. Die ausgestoßenen nuklearen Drohungen und die schamlosen Lügen in Foren internationaler Organisationen, wie zuletzt im Rahmen der UN-Vollversammlung, sind Teil der russischen Kriegstaktik. Als Leserin und Leser meines Newsletters haben Sie diese Feststellungen schon häufiger gelesen. Aber dennoch wiederhole ich sie oft, denn sie der Grund und Ausgangspunkt für die derzeitige Energiekrise und dafür, dass unserer Bevölkerung – auch nach Folgenabmilderung durch eine etwaige Preisbremsen im Energiemarkt – schwere zwei bis drei Jahre bevorstehen. Es wird schwer, aber ich werde bei voller Empathie und Mitgefühl für soziale und ökonomische Härten, die auf uns zukommen, für eine fortgesetzte und starke Unterstützung der Ukraine.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Tag der Deutschen Einheit & Energiepolitik
- Gespräch mit dem kanadischen Botschaftsrat
- Besuch aus dem Wahlkreis



Feierlichkeit zum Tag der Deutschen Einheit mit Roderich Kiesewetter

Mein geschätzter Kollege Roderich Kiesewetter, der wie ich dem Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags angehört, ist meiner Einladung in den Hochtaunuskreis gefolgt und hat das Publikum mit einem aufrüttelnden und kenntnisreichen Vortrag beeindruckt. Anlässlich des Tags der Deutschen Einheit lud die CDU Hochtaunus zum Vormittag/Mittag des 3. Oktobers die Vertreterinnen und Vertreter aus 13 Städten und Gemeinden sowie der anderen Parteien ein, in dessen Mittelpunkt die Rede von Roderich Kiesewetter stand. Er schlug einen großen Bogen von der Sicherheitsarchitektur Europas und der

Welt bis zu den innenpolitisch bemerkbaren Folgen der Energiepreisentwicklungen. Ich habe insbesondere seine Ausführungen zu einem zentralen Leitmotiv politischen Wirkens sehr geschätzt: Seinem Aufruf, angesichts der bevorstehenden Beschwernisse kontinuierlich und in parteiübergreifender Zusammenarbeit am gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bauen. Damit stellte er eine überzeugende Verbindung her zwischen dem Erfordernis des Zusammenhalts zur Vollendung des großartigen Wiedervereinigungsprojekts und der jetzt erforderlichen Gemeinsamkeit zur Überwindung der Energiekrise. •

Politische Maßnahmen mit Blick auf Strom- und Gaspreisentwicklungen

Selbst für berufspolitische Funktionsträger ist die Abfolge der Entwicklungen und Diskussionen im Bereich der Energieversorgung von atemberaubender Schnelligkeit. Unser Fraktionsvorsitzender im Bundestag, Friedrich Merz, nannte jüngst das Setting, bei dem über die richtigen Maßnahmen zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung gestritten wird, „eine Operation am offenen Herzen ohne Narkose“. Zum Ende der vergangenen Woche kündigte die Bundesregierung einen Abwehrschirm zur Abmilderung der energiekrisenhaften Fol-

gen an. Aus der Quarantäne verkündete der Bundeskanzler einen Fonds im Volumen von 200 Mrd. Euro, den er mit „Doppelwumms“ betitelte. Damit stellte der Kanzler zwar Klarheit über das Preisschild her, aber nicht über den Inhalt. Als Absichtserklärungen der Koalitionäre waren einige thematische Konturen dann aber doch erkennbar: Die Rücknahme der von SPD, Grüne und FDP fehlkonstruierten Gasumlage sowie die Einführung einer Gaspreisbremse.

Standpunkt: *Auf diese Ankündigung der Koalition blicke ich mit gemischten Gefühlen. Bei mir herrscht zwar ein großes Unverständnis hinsichtlich der zeitlichen Verzögerungen und späten Erkenntnis, dass Verteuerungsmaßnahmen wie die jetzt richtigerweise vom Tisch genommene Gasumlage nicht das Gebot der Stunde waren. Soweit allerdings die Ampel das Ziel, die Preise zu senken und die Versorgung zu sichern, in den Vordergrund stellt, verdient sie dabei auch die Unterstützung meiner Fraktion als konstruktiver Opposition. Voraussetzung ist allerdings, dass die markigen Worte mit Taten gefüllt werden. Beispiel Gaspreisbremse: Hier hat sich bei der ersten Vorstellung gezeigt, dass mehr Fragen hinsichtlich ihrer Effektivität offen sind als durch die Verantwortungsträger beantwortet wurden. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass die allgemeine Inflation andere Maßnahmen ihrer Wirksamkeit erheblich beraubt, so zum Beispiel die*

jüngst entschiedene Mehrwertsteuersenkung. Meine Erwartungshaltung an den Bundeswirtschaftsminister und seine Kabinettskolleginnen und -kollegen ist klar: Kein Stückwerk, keine Fehlkonstruktionen mehr, sondern ein ganzheitliches und durchdachtes Maßnahmenbündel. •

Im Gespräch mit dem kanadischen Botschaftsrat

Nicht nur als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses sondern auch als überzeugter Transatlantiker liegt mehr der Austausch mit Kanada sehr am Herzen. Mit Botschaftsrat Gregory Lernermeier habe ich mich über die Beziehungen zwischen Berlin und Ottawa austauschen können. Hierbei spielte insbesondere die schleppende Ratifizierung des gemeinsamen europäisch-kanadischen Freihandelsabkommens CETA eine wichtige Rolle. Leider steht hier insbesondere die Ampel-Koalition auf der Bremse. Erneut wurde vergangene Woche ein von meiner Fraktion vorgelegter Gesetzesentwurf von den Regierungsparteien im Wirtschaftsausschuss vertagt. Dieses Zögern schadet Deutschlands Ansehen in der Welt und ist ein fatales Signal – gerade auch mit Blick auf weitere mögliche Abkommen. Weitere Themen waren die sicherheitspolitische Zusammenarbeit sowie Energiefragen. •

World Vision feiert parlamentarischen Abend

Parlamentarische Abendveranstaltungen in entspanntem Ambiente mit vielen guten Gesprächen sind oft eine gelungene Ergänzung zum politischen Alltag zwischen Büro und Sitzungssaal. Besonders gerne bin ich der Einladung von World Vision Deutschland gefolgt - einer weltweit tätigen christlich geprägten Entwicklungshilfeorganisation, die ihren Sitz in Friedrichsdorf (Taunus) hat. Im Rahmen der Veranstaltung wurde die 5. World Vision Kinderstudie vorgestellt, in der die Folgen der Coronakrise für Kinder in Deutschland und Ghana analysiert wurden. Auch als stellvertretendes Mitglied des Familienausschusses habe ich mit großem Interesse die Ergebnisse der Studie gelesen. •

Besuch des NS-Dokumentationszentrums Schöneeweide

Ein bewegender Termin führte mich in der vorvergangenen Woche aus dem Berliner Regierungsviertel in den Stadtteil Niederschöneeweide: Auf Einladung des NS-Dokumentationszentrums Zwangsarbeit besuchte ich das frühere Zwangsarbeiterlager Schöneeweide. Mitten in einem Wohnviertel gelegen mussten ab Ende 1943 bis 1945 Zwangs-

arbeiter vor den Augen der Bevölkerung arbeiten. Heute informiert man dort über die Geschichte der Zwangsarbeit unter dem NS-Regime, welches rund 26 Millionen Menschen zur Arbeit zwang. Vielen Dank an die Leiterin des Zentrums, Dr. Christine Glauning, für die bewegenden Einblicke in die Geschichte und ihre wichtige Arbeit. •



Besuch aus dem Wahlkreis in Berlin

Besuch aus dem Wahlkreis ist immer eine willkommene Abwechslung während einer Sitzungswoche. Neben der 12. Jahrgangsstufe der Bad Homburger Humboldtschule konnte ich in der vergangenen Woche die dritte große Besuchergruppe aus der Heimat begrüßen. Neben dem obligatorischen Besuch des Bundestages (inklusive Plenarsitzung, Kuppelbesuch und einer interessanten Diskussion mit mir) standen Begegnungen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, der Gedenkstätte KZ Sachsenhausen in Oranienburg und dem Deutschen Dom an. •